



## Niederschrift

### 16-019. Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur

am **Donnerstag, 17.06.2010**, 17:05 Uhr bis 18:15 Uhr,  
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes (Neubau) in Heppenheim,  
Graben 15

### Tagesordnung

- Punkt 1 Erster Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr  
2010  
Vorlage: 16-1816
- Punkt 2 Weiterentwicklung des Solar- und Energie-Beratungszentrums  
Bergstraße zur Energieagentur  
Vorlage: 16-1784
- Punkt 3 B38-Initiative Weschnitztal  
- Machbarkeitsstudie zu den Ortsumgehungen Rimbach und  
Fürth  
Vorlage: 16-1770
- Punkt 4 Planfeststellung gem. §§ 17 ff. Fernstraßengesetz (FStrG),  
Neubau der OU-Rosengarten (Ortsumgehung) Bundesstraße  
47 (B47); Anhörungsverfahren gemäß § 17a FStrG i.V.m.  
§ 73 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz;  
hier: Information über den Beschluss des Kreisausschusses  
vom 12. April 2010  
Vorlage: 16-1730/1
- Punkt 5 Reaktivierung der Überwaldbahn für touristische Nutzung  
(Draisine);  
hier: Aktueller Projektstand und die weiteren Projektschritte  
Vorlage: 16-1767
- Punkt 6 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

### Anwesende:

#### **Stellvertretender Ausschussvorsitzender:**

Bauer, Norbert SPD in Vertretung für den Vorsitzenden  
Alfons Haag

#### **Ausschussmitglieder:**

Jöst, Günther CDU in Vertretung für Alfons Haag  
Reinhardt, Randoald CDU in Vertretung für Martin Ringhof  
Schneider, Gottfried CDU in Vertretung für Barbara Schaab  
Wagner, Andreas CDU  
Weitge, Peter C. CDU (ab zeitweise TOP 1)

Buschmann, Irma	SPD	in Vertretung für Dr. Hildegard Cornelius-Gaus
Schäfer, Alice	SPD	
Siegl, Franz	SPD	
Figaj, Thilo	GRÜNE	
Öhlenschläger, Walter	FWG	in Vertretung für Thomas Vollmer
von Hunnius, Roland	FDP	in Vertretung für Dr. Rolf Schepp

**Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):**

Bitsch, Peter REP

**Kreisausschuss:**

Wilkes, Matthias	CDU	Landrat (ab zeitweise TOP 1)
Metz, Thomas	CDU	Erster Kreisbeigeordneter

**Verwaltung:**

Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen
Rößler, Reiner	Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz
Hetjens, Ulrich	Straßenverkehrswesen

**Schriftführerin:**

Schüßler, Helene Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Norbert Bauer eröffnete um 17:05 Uhr die 16-019. Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur, begrüßte die Erschienenen, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Entschuldigt fehlten der Ausschussvorsitzende, Abgeordneter Alfons Haag (CDU), und der Fraktionsvertreter mit beratender Stimme der Fraktion DIE LINKE, Abgeordneter Jürgen Jojade.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

**Tagesordnung**

**Punkt 1: Erster Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2010  
Vorlage: 16-1816**

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur hat von der Vorlage 16-1816 und dem beigefügten ersten Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2010 Kenntnis genommen.

Beim Finanzbericht wurden insbesondere folgende Punkte angesprochen:

- Gesamtergebnishaushalt - "Abweichung" zwischen Prognose und Kommentierung

Die Abweichung erklärte Erster Kreisbeigeordneter Metz mit der Berücksichtigung der Mehraufwendungen von über 2 Mio. € für Rückstellungen für Altersteilzeit und erhöhte Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger in der Prognose, während mögli-

che positive Effekte auf das Ergebnis, z. B. durch die haushaltswirtschaftliche Sperre, aufgrund des voraussichtlich nicht erforderlichen Zuschusses an das Kreiskrankenhaus und Verbesserungen im Bereich der Kosten der Unterkunft, nur in der Kommentierung aufgeführt, in der Prognose aber nicht abgebildet seien.

- Zentrale Rückstandsdatei für das Zulassungswesen - mögliche Ausweitung auf andere Verwaltungsbereiche

Nach eingeholter Auskunft bei der Verwaltung ist eine Ausweitung der zentralen Rückstandsdatei für das Zulassungswesen auch auf andere Bereiche nicht vorgesehen.

Beim Controllingbericht gab es Fragen zu den in die Zuständigkeit des Ausschusses fallenden Produkten, zu denen die Verwaltung Erläuterungen gab bzw. ihre Nachreichung zusagte:

- 5090 Verwaltung der Kreisstraßen - Verschlechterung des Straßenzustandes

Die Zustandsverschlechterung der Kreisstraßen wurde von der Verwaltung insbesondere auf den vergangenen harten Winter zurückgeführt. Für eine Verbesserung des Straßenzustandes müssten wesentlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

- 5010 Öffentlicher Personennahverkehr  
Ziffer 1 Qualitätssteigerung des Verkehrsangebots

Erläuterungen zur Kennzahl werden nach eingeholter Auskunft bei der Verwaltung im Rahmen des zweiten Controllingberichtes nachgereicht.

**Punkt 2: Weiterentwicklung des Solar- und Energie-Beratungszentrums Bergstraße zur Energieagentur  
Vorlage: 16-1784**

Landrat Wilkes informierte ergänzend zur Verwaltungsvorlage, dass die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Heppenheim in ihrer heutigen Sitzung über die Angelegenheit entscheiden werde.

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur fasste folgenden

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadt Heppenheim und den Gremien der Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH zu fassen:

1.

Zur Weiterentwicklung des Solar u. Energie Beratungszentrums Bergstraße (SEBZ) wird die kommunale Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Kreis Bergstraße und der Stadt Heppenheim als Träger des SEBZ mit Wirkung zum 30.06.2010 aufgelöst und das SEBZ anschließend in die Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH (WFB) integriert. Die Integration ist bis zum 31.12.2010 umzusetzen.

2.

Der derzeit mit der Geschäftsführung betraute Mitarbeiter des SEBZ wird beauftragt, den Abschluss der Geschäftstätigkeit der kommunalen Arbeitsgemeinschaft vorzubereiten sowie alle notwendigen Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Beendigung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft zu veranlassen und die Integration in die WFB gemeinsam mit deren Geschäftsführer vorzubereiten und durchzuführen sowie den Mietvertrag für die derzeitigen Räumlichkeiten des SEBZ fristgerecht zum Jahresende 2010 zu kündigen. Bis zum 31.12.2010 besteht die bisherige Finanzierungspflicht des Kreises Bergstraße und der Stadt Heppenheim fort.

3.

Die WFB wird von der kommunalen Arbeitsgemeinschaft beauftragt, mit allen Mitarbeitern des SEBZ unter Berücksichtigung der neuen Anforderungen in Verhandlung zu treten, um diese unter Wahrung ihrer bisher erworbenen finanziellen Besitzstände bei der WFB zu beschäftigen. Die WFB übernimmt ab dem 01.07.2010 sämtliche Rechte und Pflichten der kommunalen Arbeitsgemeinschaft, auch Zuschuss- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen.

4.

Die derzeitige finanzielle Beteiligung des Kreises Bergstraße sowie der Stadt Heppenheim an der kommunalen Arbeitsgemeinschaft wird ab 01.01.2011 zunächst um mindestens 25% gegenüber dem derzeitigen Aufwand reduziert.

5.

Die Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH soll eine einheitliche Beteiligung aller Städte und Gemeinden an der neuen Energieagentur unter Berücksichtigung der schwierigen Haushaltslage der Städte und Gemeinden ab 01.01.2011 anstreben. Ab dem 01.07.2010 werden die bestehenden vertraglichen Vereinbarungen der kommunalen Arbeitsgemeinschaft 1:1 durch Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH übernommen.

6.

Die Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die in der Erläuterung beschriebene strategische Zielsetzung effizient im Sinne des Kreises Bergstraße sowie der Städte und Gemeinden des Kreises umzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

### **Punkt 3:**

**B38-Initiative Weschnitztal  
Machbarkeitsstudie zu den Ortsumgehungen Rimbach  
und Fürth  
Vorlage: 16-1770**

Abgeordneter Figaj kündigte für die bevorstehende Kreistagssitzung möglichen Redebedarf seiner Fraktion in dieser Angelegenheit an.

Abgeordneter Schneider und Landrat Wilkes betonten, dass es sich um eine Machbarkeitsstudie handle und hierbei noch keine Trassenfestlegung getroffen sei. Intention dieser Studie sei die Einstufung der B 38- Ortsumgehungen Rimbach und Fürth in den vordringlichen Bedarf bei der nächsten Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans.

Eine einmütige Unterstützung dieses Straßenbauvorhabens durch die betroffenen Gemeinden und den Kreis gebe ein wichtiges Signal an die Landesregierung hinsichtlich der Platzierung der Maßnahme in ihrer für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans aufzustellenden Prioritätenliste.

Abgeordneter Schneider als ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde Fürth berichtete von den seit Jahren unternommenen gemeinsamen Bemühungen der Gemeinden Fürth und Rimbach sowie des Kreises für die Ortsumgehungen und verneinte eine Beeinträchtigung des Industriegebiets Lörzenbach/Mitlechtern durch eine Umgehungsstraße, da hierfür bei der Planung des Industriegebiets ein Trassenband freigehalten worden sei.

Auf Frage nach der Beauftragung der Untersuchungen in Stufe II des Arbeitsablaufes (siehe Folie 23 der der Vorlage 16-1770 als Anlage beigefügte Präsentation) erklärte Landrat Wilkes, dass dies derzeit nicht angedacht und erst die Einstufung der Straßenbauvorhabens in den vordringlichen Bedarf abzuwarten sei.

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur fasste folgenden

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag begrüßt und unterstützt die 'Machbarkeitsstudie' – Stufe 1 Ortsumgehung Fürth und Ortsumgehung Rimbach/Lörzenbach vom November 2009, erstellt durch die Planungsbüros Habermehl & Follmann sowie Bosch & Partner.

Mit dem Ergebnis dieser Machbarkeitsstudie wird die Erwartung verknüpft, über den Bau des Saukopftunnels und die Ortsumgehung Birkenau sowie über das laufende Planfeststellungsverfahren für die B38a Ortsumgehung Mörlenbach hinaus auch eine Ortsumgehung für die beiden weiteren Weschnitztalgemeinden Rimbach und Fürth baldmöglichst zu erreichen. Erst mit diesem Lückenschluss wäre für den gesamten Bereich Weschnitztal, Überwald/Odenwald eine vollständige, in sich tragfähige, verkehrliche Situation geschaffen, die zur Entlastung von Mensch und Natur genauso beitragen wird, wie zur besseren Anbindung der gesamten Odenwaldregion an den Ballungsraum Rhein-Main-Neckar.

Auf Grundlage dieser Machbarkeitsstudie wird sowohl das Land Hessen als auch der Bund und alle ihre Verantwortungsträger gebeten, dazu beizutragen, dass mit der nächsten Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes dieses, seitens der betroffenen Gemeinden und des Kreises Bergstraße als unabdingbar notwendig angesehene Projekt in den vordringlichen Bedarf eingestuft wird, um damit die Finanzierung von Planung und Bau der Ortsumgehung Rimbach und Fürth zu erreichen.

Damit soll gleichzeitig auch die grundsätzliche Bedeutung sowie die Notwendigkeit einer schnellstmöglichen Realisierung dieses Straßenbauvorhabens seitens des Kreistages zum Ausdruck gebracht werden."

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei einer Stimmenthaltung.

**Punkt 4:** **Planfeststellung gem. §§ 17 ff. Fernstraßengesetz (FStrG),  
Neubau der OU-Rosengarten (Ortsumgehung) Bundes-  
straße 47 (B47); Anhörungsverfahren gemäß § 17a FStrG  
i.V.m. § 73 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz;  
hier: Information über den Beschluss des Kreisausschus-  
ses vom 12. April 2010  
Vorlage: 16-1730/1**

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur hat von der Vorlage 16-1730/1 Kenntnis genommen.

Abgeordneter Jöst als Vorsitzender des Gebietsagrarausschusses erläuterte dessen Bedenken gegen die Umgehungsstraße und Präferenz der Trog-Lösung in Anbetracht des Ackerflächenverbrauchs von 30 ha durch die geplante Umgehung.

Abgeordneter Öhlenschläger thematisierte die Lärmbelastung durch eine auf einem Damm verlaufende Umgehungsstraße und fragte nach der Möglichkeit einer Entlastung der B47 vom Schwerlastverkehr, was Landrat Wilkes in Anbetracht deren Bedeutung als Verkehrsachse in Ost-West-Richtung und des Ausbaus der Rheinbrücke von/nach Worms für nicht denkbar und zweckmäßig hielt.

**Punkt 5:** **Reaktivierung der Überwaldbahn für touristische Nutzung  
(Draisine);  
hier: Aktueller Projektstand und die weiteren Projekt-  
schritte  
Vorlage: 16-1767**

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur hat von der Vorlage 16-1767 Kenntnis genommen.

Landrat Wilkes gab nähere Erläuterungen zum Stand des Vergabeverfahrens für die Bau- und Sanierungsmaßnahmen für die Strecke und beantwortete Fragen aus dem Ausschuss zum vom Betreiber vorgelegten Konzept der Solardraisinen und zum Zeitplan für die Inbetriebnahme der Strecke.

**Punkt 6:** **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen**

Hierzu lag nichts vor.

Die Sitzung wurde um 18:15 Uhr durch stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Bauer geschlossen.

**Unterzeichnung der Niederschrift:**

stellvertretender Ausschussvorsitzender:

Schriftführerin:

gez. Bauer

gez. Schüller